

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Demokratie

Text

1 Dortmund ist mehr als eine Großstadt. Es ist ein Ort der Vielfalt, des
2 Zusammenhalts und des Miteinanders von über 600.000 Menschen. Jede einzelne
3 dieser Stimmen trägt dazu bei, wie unsere Stadt aussieht, wie sie erlebbar ist
4 und wohin sie sich entwickelt. Eine lebendige Demokratie braucht Menschen, die
5 mitdenken, mitreden und mitgestalten wollen. Doch noch immer bleiben viele
6 Stimmen ungehört. Junge Menschen, Menschen mit Einschränkungen, Menschen ohne
7 akademische Bildung und viele mit internationaler Geschichte sind in politischen
8 Entscheidungen nicht ausreichend repräsentiert.

9 Wir wollen das ändern. Demokratie darf kein exklusiver Raum sein. Sie muss für
10 alle offenstehen, verständlich sein, zugänglich sein. Ob im Quartier, in der
11 Schule, am Arbeitsplatz oder im digitalen Raum, überall braucht es Möglichkeiten
12 zur Mitsprache und Mitentscheidung. Dafür setzen wir uns in Dortmund ein. Wir
13 wollen Beteiligung neu denken, bestehende Formate weiterentwickeln und neue Wege
14 gehen, um möglichst viele Menschen mitzunehmen. Denn wer hier lebt, soll auch
15 mitreden können!

16 Denn Demokratie ist nicht selbstverständlich, sie lebt von einer aktiven und
17 informierten Gesellschaft. Um demokratische Werte zu schützen und ihre Bedeutung
18 zu vermitteln, braucht es Aufklärung, um die demokratischen Prinzipien in Zeiten
19 von wachsendem Populismus und Fake News immer wieder zu stärken.

20 Unsere Stadt ist so stark wie die Stimmen, die in ihr gehört werden – deshalb
21 verteidigen wir die Demokratie jeden Tag.

22

Für demokratische Beteiligung

23 Bürgerschaftliches Engagement ist eine tragende Säule der Demokratie. Es stärkt
24 den sozialen Zusammenhalt, ermöglicht gesellschaftliche Mitbestimmung und
25 fördert die Identifikation mit der eigenen Stadt. Gleichzeitig ist es für viele
26 soziale, kulturelle und ökologische Projekte unverzichtbar.

27 Bürger*innenbeteiligung darf dabei nicht nur für eine kleine Gruppe Engagierter
28 zugänglich sein. Oft sind es dieselben Stimmen, die in Prozessen gehört werden,
29 während viele andere außen vor bleiben. Wir wollen Beteiligungsformate
30 ausweiten, um mehr Menschen einzubeziehen. Dazu zählen auch Menschen mit
31 Behinderung, die durch Barrierearmut und verständliche Texte beteiligt werden
32 müssen. Jungen Menschen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich
33 niederschwellig politisch einzubringen. So können wir insgesamt auch daran
34 arbeiten, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und damit Menschen für demokratische
35 Wahlen zu mobilisieren. Auch Vereine, Verbände und Organisationen sind zentrale
36 Akteure der Demokratie. Sie ermöglichen politische Bildung, gesellschaftliches
37 Engagement und gemeinschaftlichen Austausch. Beiräte sind wichtige
38 Schnittstellen zwischen Bürger*innen und Verwaltung und müssen über ihre
39 beratende Funktion hinaus gestärkt werden.

40 Deswegen werden wir

- 41 • Dortmund zur führenden Engagement-Stadt im Ruhrgebiet machen, indem wir
42 freiwilliges Engagement strukturell stärken und besser fördern.

- 43 • eine große städtische Kampagne zu Demokratie und Vielfalt initiieren, die
44 Beteiligungsformate aufzeigt und zur Teilnahme motiviert.

- 45 • bestehende Beteiligungskonzepte weiterentwickeln.

- 46 • moderne, digitale und transparente Beteiligungsplattformen entwickeln, die
47 mehr Menschen eine Teilnahme ermöglichen, sowie uns für die Einführung
48 eines digitalen E-Petitionssystem mit Mitzeichnungsfunktion nach Vorbild
49 des Deutschen Bundestages für die Stadt und die Stadtbezirke einsetzen.

- 50 • ein Partizipatives Budget im städtischen Haushalt bereitstellen, für die
51 Förderung
52 von Projekten, welche direkt von Bürger*innen, Initiativen und Vereinen

- 53 beantragt werden können.
- 54 • Bürgerforen, Bürgerräte, Quartierslabore und mehr direkte, frühzeitige
55 Bürgerbefragungen ermöglichen.
- 56 • ein städtisches Konzept zur Unterstützung von Engagement in Stadtteilen,
57 Vereinen und Initiativen entwickeln.
- 58 • bestehende Bürgerinitiativen gezielt fördern und als Vorbilder
59 hervorheben.
- 60 • das Ehrenamt besser vernetzen und stärken.
- 61 • den Zugang zu Sitzungen, Dokumenten und Informationen barrierefrei
62 gestalten.
- 63 • das behindertenpolitische Netzwerk aufwerten und es als starke Stimme für
64 Menschen mit Einschränkungen in der Politik etablieren, um
65 sicherzustellen, dass ihre Interessen stärker berücksichtigt werden.
- 66 • Gebärdendolmetscher*innen in weiteren politischen Sitzungen einsetzen.
- 67 • Leichte Sprache in Beteiligungsformaten einsetzen.
- 68 • gezielt Menschen aus der Zivilgesellschaft einbinden, um die
69 Zusammensetzung der Beiräte diverser zu gestalten.
- 70 • die politischen Beiräte wie den Seniorenbeirat, den Integrationsrat, das
71 behindertenpolitische Netzwerk, den Beirat der unteren Naturschutzbehörde
72 stärken und mit mehr Rechten ausstatten.

- 73 • den Klimabeirat erhalten und stärken und einen beratenden Platz für den
74 Klimabeirat im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Stadtgestaltung und
75 Wohnen (AKUSW) vorsehen.

- 76 • prüfen, wie das politische Gewicht der Beiräte erhöht werden kann und dazu
77 auch die Wahl der Beiratsmitglieder in den Blick nehmen.

- 78 • zivilgesellschaftliche Institutionen wie die Dortmunder Frauenverbände im
79 Gleichstellungsausschuss beratend hinzuziehen.

- 80 • neue Beteiligungsformate wie Jugendbürgerräte, Schüler*innenparlamente und
81 ein Kinder- und Jugendparlament schaffen.

- 82 • einen Jugendbeirat schaffen, der junge Menschen in die Stadtpolitik
83 einbindet.

- 84 • neue Formate für Mitbestimmung in Jugendzentren und Vereinen fördern.

- 85 • eine städtische Kampagne zur Steigerung der Wahlbeteiligung umsetzen, die
86 gezielt Gruppen mit geringer Wahlbeteiligung anspricht.

- 87 • mehrsprachige Informationen und Wahlanleitungen bereitstellen und in der
88 Wahlbenachrichtigung mehrsprachig auf diese Angebote hinweisen.

- 89 • niedrigschwellige Motivationsmaßnahmen wie „I Voted“-Sticker oder Rabatte
90 für Wähler*innen testen.

91 **Für demokratischen Zusammenhalt**

92 Demokratie lebt davon, dass alle Menschen frei, sicher und gleichberechtigt an
93 ihr teilhaben können. Doch viele Dortmunder*innen erleben täglich Rassismus,
94 Antisemitismus und andere Formen von Diskriminierung – daher braucht es eine

95 konsequente Förderung und Absicherung von Beratungsstellen, die diesen Menschen
96 helfen und sie unterstützen. Außerdem funktioniert Demokratie nur dann, wenn
97 politische Entscheidungen nachvollziehbar sind und alle Menschen Zugang zu
98 relevanten Informationen haben. Auch politische Bildung und interkultureller
99 Austausch sind essenziell, um demokratische Werte zu fördern und
100 gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Denn Demokratie muss früh vermittelt
101 werden. Wer von klein auf erfährt, was Mitbestimmung bedeutet, wird auch als
102 Erwachsene*r demokratische Werte leben und verteidigen. Aber auch Erwachsene
103 müssen befähigt werden, politische Prozesse kritisch zu hinterfragen und sich
104 gegen Manipulation zu wehren, gerade in Zeiten von Fake News, gezielter
105 Desinformation und demokratiefeindlicher Hetze. Nicht zuletzt ist die Erinnerung
106 an die Verbrechen des Nationalsozialismus ein zentraler Bestandteil
107 demokratischer Bildung. Wer sich bewusst mit der Geschichte auseinandersetzt,
108 versteht die Bedeutung demokratischer Werte und erkennt frühzeitig autoritäre
109 und rechtsextreme Tendenzen.

110 Wir werden

- 111 • bestehende Anlaufstellen für Betroffene von Diskriminierung, Rassismus und
112 Antisemitismus langfristig finanzieren und gezielt ausbauen, um schnelle
113 und wirkungsvolle Unterstützung sicherzustellen.

- 114 • Demokratieförderprogramme stärken und weiterentwickeln, um Vereine,
115 Organisationen und ehrenamtliche Initiativen in ihrem Einsatz für eine
116 offene und diverse Gesellschaft zu unterstützen.

- 117 • eng mit Schulen, Jugendzentren und zivilgesellschaftlichen Organisationen
118 zusammenarbeiten, um rassistische und antisemitische Vorfälle frühzeitig
119 zu erkennen und dagegen vorzugehen.

- 120 • die Information über kommunalpolitische Prozesse durch ein.
121 benutzer*innenfreundliches Ratsinformationssystem verbessern, damit
122 politische Entscheidungen, Anträge und Beschlüsse leichter zugänglich und
123 nachvollziehbar sind.

- 124 • politische Entscheidungen und ihre Umsetzung (Beschluss- und
125 Umsetzungsverfolgung) in einer modernen Online-Plattform für Bürger*innen
126 verständlich aufbereiten, zum Beispiel auf einer interaktiven Karte für

127 Straßen- oder Infrastrukturprojekte und diese Plattform auch in der
128 Dortmund-App implementieren.

- 129 • GIS-Daten (Geoinformationssysteme) als Open Data transparent
130 bereitstellen, um eine breitere Nutzung durch Wissenschaft,
131 Zivilgesellschaft und Bürgerinitiativen zu ermöglichen und die Darstellung
132 von GIS-Daten auch für Bürger*innen ohne politisches Mandat verständlich
133 und nachvollziehbar aufbereiten.

- 134 • Begegnungsorte und kulturellen Bildungsangebote gezielt fördern und
135 ausbauen, um Vorurteile zwischen Menschen mit verschiedenen Hintergründen
136 abzubauen und gegenseitiges Verständnis zu fördern.

- 137 • bestehende Einrichtungen wie Mondo Mio als Orte der politischen Bildung
138 und interkulturellen Begegnung erhalten und weiterentwickeln.

- 139 • neue Formate schaffen, in denen Menschen mit unterschiedlichen
140 Perspektiven ins Gespräch kommen können.

- 141 • das Konzept „Demokratie-Kita“ fördern, damit Kinder früh Mitbestimmung
142 erleben und demokratische Werte praktisch kennenlernen.

- 143 • den Schulunterricht zur Demokratieförderung um Workshops und interaktive
144 Formate ergänzen, die politische Teilhabe und Meinungsbildung fördern.

- 145 • gezielte Angebote zur politischen Erwachsenenbildung ausbauen, darunter
146 Informationsveranstaltungen, Medienkompetenz-Schulungen und
147 Argumentationstrainings gegen Fake News und Propaganda sowie Angebote zur
148 Förderung eines mündigen und kritischen Umgangs mit KI-generierten
149 Inhalten und sozialen Medien.

- 150 • Bildungsprogramme gegen Rechtsextremismus stärken, um
151 demokratiefeindlichen Ideologien aktiv entgegenzuwirken.

- 152 • neue Formate für politische Bildung gezielt für Kinder und Jugendliche
153 schaffen.

- 154 • mit gezielten Initiativen gegen Hetze und Fake News die Manipulationen von
155 Demokratiefeinden aufdecken und darüber aufklären.

- 156 • die Gedenkarbeit in Dortmund weiter ausbauen und sicherstellen, sodass die
157 historische Erinnerung Teil des gesellschaftlichen Diskurses bleibt.

- 158 • neue, interaktive Gedenkformate entwickeln, die insbesondere junge
159 Menschen ansprechen und sie zur aktiven Auseinandersetzung mit der
160 Geschichte motivieren.

- 161 • Schulen und Bildungseinrichtungen gezielt dabei unterstützen, Projekte zur
162 Aufarbeitung der NS-Zeit und zur Bekämpfung von Antisemitismus und
163 Rassismus umzusetzen.

- 164 • darauf hinwirken, dass jedes Schulkind einmal in der Schullaufbahn eine
165 KZ-Gedenkstätte oder andere Gedenkorte zu den Gräueltaten des
166 Nationalsozialismus besucht.

167 **Für klare Kante gegen Rechts**

168 Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind eine direkte Bedrohung für
169 unsere Demokratie und unsere offene Gesellschaft. In Dortmund gibt es eine
170 aktive rechtsextreme Szene, die immer wieder durch Aufmärsche, Hetze und Gewalt
171 auffällt. Doch Dortmund ist auch eine Stadt, in der sich viele Menschen für
172 Demokratie, Vielfalt und ein friedliches Miteinander einsetzen. Wir stehen fest
173 an ihrer Seite und setzen uns für eine Stadtgesellschaft ein, die sich klar
174 gegen rechts positioniert.

175 Dabei ist es nicht nur der klassische Neonazismus, der unsere Demokratie
176 bedroht. Die AfD hat sich in den letzten Jahren immer weiter radikalisiert und
177 ist heute eine Partei, die gezielt Hass schürt, rassistische Hetze betreibt und
178 demokratische Institutionen angreift. Sie verharmlost den Nationalsozialismus,
179 verbreitet Verschwörungserzählungen und ist mit ihrer Rhetorik eine geistige

180 Brandstifterin für rechtsextreme Gewalt. Ihre Strategie ist es,
181 gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben und das Vertrauen in demokratische
182 Prozesse zu zerstören.

183 Rechtsextremismus beginnt nicht erst bei offener Gewalt, sondern bereits dort,
184 wo Menschen gegeneinander ausgespielt, demokratische Werte in Frage gestellt und
185 Hass als politische Strategie genutzt wird. Deshalb kämpfen wir nicht nur gegen
186 die rechtsextreme Szene auf der Straße, sondern auch gegen diejenigen, die diese
187 Ideologie in die Parlamente tragen.

188 Um Rechtsextremismus wirksam zu bekämpfen, braucht es ein starkes
189 zivilgesellschaftliches Engagement, eine gut vernetzte Präventionsarbeit und
190 eine konsequente Verfolgung rechtsextremer Straftaten. Gleichzeitig müssen wir
191 alle Formen von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit – auch in
192 staatlichen Strukturen – benennen und bekämpfen. Wir setzen uns für eine Stadt
193 ein, die klar Position gegen rechts bezieht – auf der Straße, in den Parlamenten
194 und in der gesamten Gesellschaft.

195 Daher werden wir

- 196 • die Zusammenarbeit mit der AfD weiterhin verhindern, indem wir von allen
197 demokratischen Parteien in Dortmund fordern, unserem Beispiel zu folgen
198 und sich klar von der AfD und ihrer menschenverachtenden Politik zu
199 distanzieren, da ihre Rhetorik Hass schürt, die Gesellschaft spaltet und
200 die Verbrechen des Nationalsozialismus relativiert.

- 201 • zivilgesellschaftliche Initiativen und Bündnisse, die sich gegen
202 Rechtsextremismus einsetzen, finanziell und strukturell unterstützen.

- 203 • die Vernetzung dieser Gruppen verbessern, um ein starkes demokratisches
204 Netzwerk zu schaffen.

- 205 • langfristige Rahmenverträge für demokratiefördernde Projekte einführen,
206 um eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.

- 207 • die Runden Tische gegen Rechts stärken, indem wir die bestehenden Runden
208 Tische gezielt fördern und finanziell absichern, die in einzelnen
209 Stadtteilen Vereine, Organisationen, Kirchen und engagierte Einzelpersonen

- 210 zur Arbeit gegen rechtsextreme Strukturen zusammenbringen und uns dafür
211 einsetzen, dass in möglichst allen Stadtteilen Runde Tische gegründet
212 werden und die Vernetzung verbessern.
- 213 • eine breite öffentliche Debatte über institutionellen Rassismus in
214 Dortmund anstoßen, da er sich in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens
215 zeigt, von Ungleichbehandlung in Behörden bis hin zu diskriminierenden
216 Praktiken bei Polizei und Verwaltung.
- 217 • Sensibilisierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen für Beschäftigte in der
218 Verwaltung zum Komplex institutioneller Rassismus verpflichtend einführen.
- 219 • von der Landesregierung fordern, das Thema institutioneller Rassismus in
220 die Aus- und Weiterbildung von Polizeibeamt*innen aufzunehmen.
- 221 • eine lückenlose Aufarbeitung der NSU-Verbrechen und ihrer Verflechtungen
222 mit der Dortmunder Neonazi-Szene fordern, da die Hintergründe am Mord an
223 Mehmet Kubaşık immer noch nicht vollständig aufgeklärt sind.
- 224 • darauf hinwirken, dass Polizei und Justiz mögliche Helfer*innen des NSU in
225 Dortmund identifizieren und strafrechtlich verfolgen.
- 226 • Polizei und Justiz auffordern, rechte Gewalt konsequenter zu verfolgen und
227 Täter*innen schneller zur Verantwortung zu ziehen.
- 228 • gewaltfreie Aktionen gegen Nazi-Aufmärsche aktiv unterstützen und fördern,
229 da die Stadtgesellschaft in den letzten Jahren ihre Wehrhaftigkeit gegen
230 Neonazi-Aufmärsche gezeigt hat.
- 231 • alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um Aufmärsche und Aktionen der Nazis
232 zu verhindern.

- 233 • insbesondere Sitzblockaden und andere friedliche Protestformen gegen
234 rechtsextreme Demonstrationen unterstützen.
- 235 • sicherstellen, dass Gegendemonstrant*innen vor rechtsextremen Angriffen
236 geschützt werden, sie nicht kriminalisiert werden und ihre Demonstrationen
237 nicht durch überzogene Polizeimaßnahmen behindert werden.
- 238 • den Aktionsplan gegen Rechtsextremismus stärken, der vor zehn Jahren auf
239 Antrag der GRÜNEN ins Leben gerufen wurde und sich als wirksames
240 Instrument gegen Rechts erwiesen hat, indem wir ihn kontinuierlich
241 weiterentwickeln, neue Schwerpunkte setzen, da sich die Bedrohung durch
242 Rechtsextremismus verändert hat und die Öffentlichkeitsarbeit rund um den
243 Aktionsplan verstärken, um mehr Menschen für den Kampf gegen Rechts zu
244 mobilisieren und die benötigten finanziellen Mittel bereitstellen und bei
245 Bedarf ausweiten.
- 246 • die Beratung für Opfer und Aussteiger*innen der rechten Szene stärken,
247 indem wir Beratungsstellen wie BackUp-ComeBack dauerhaft finanziell
248 absichern, da sie essenziell für die Opfer rechter Gewalt und für eine
249 erfolgreiche Präventionsarbeit sind und die Unterstützung für Opfer
250 rechter Gewalt sowie für Aussteiger*innen aus der Szene gezielt ausbauen.
- 251 • die Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie stärken,
252 indem wir sie personell und finanziell stärken, damit sie ihre Arbeit in
253 der Beratung, Vernetzung und Entwicklung von Handlungsstrategien noch
254 effektiver leisten kann und den Fokus der Koordinierungsstelle auf
255 Vernetzung und strategische Planung ausweiten, um zivilgesellschaftliches
256 Engagement effektiver zu bündeln.